

Informationsblatt mit Fragebogen zu den verlängerten Sonderregelungen aus Anlass der Covid-19-Pandemie beim Elterngeld ab 01.01.2021 Anlage zum Antrag auf Elterngeld

Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen

Die durch die Covid-19-Pandemie eingetretene Situation hat auch noch für das Jahr 2021 weitreichende Auswirkung auf die Wirtschaft und die Arbeitsmarktlage unseres Landes. Durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie müssen zahlreiche Betriebe ihre Arbeit einstellen und Geschäfte werden geschlossen. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind von Kurzarbeit, Freistellung bis hin zur Entlassung betroffen. Selbstständige und Gewerbetreibende befinden sich zum Teil in einer existenzbedrohlichen Lage. Um Einkommensausfälle auszugleichen, werden Einkommensersatzleistungen bezogen.

Um die wirtschaftliche Stabilität von Familien während des Elterngeldbezugs auch noch weiterhin sicher zu stellen, wurden im Rahmen des Gesetzes zur Beschäftigungssicherung infolge der Covid-19-Pandemie zwei Corona bedingte Sonderregelungen im Elterngeld verlängert.

Folgende Regelungen werden bis zum 31.12.2021 verlängert:

1. Bei der Bemessung des Elterngeldes für ein weiteres Kind werden Monate mit Einkommensersatzleistungen und –minderungen aufgrund der Covid-19-Pandemie für den Zeitraum 01.03.2020 – 31.12.2021 nicht berücksichtigt. Die Monate können auf Antrag ausgeklammert werden und es erfolgt eine Vorverlagerung auf weitere Vormonate für die Elterngeldberechnung.

Zu den Einkommensminderungen aufgrund der Covid-19-Pandemie zählen neben dem Bezug von Kurzarbeitergeld, Arbeitslosengeld oder Krankengeld auch mittelbare Änderungen der Einkommenssituation, wie z.B. die Reduzierung der Arbeitszeit zugunsten der Kinderbetreuung.

2. Der Bezug von Einkommensersatzleistungen, die Eltern aufgrund der Corona-Pandemie anstelle ihrer Teilzeiteinkünfte erhalten, z.B. Kurzarbeitergeld, Arbeitslosengeld I, reduzieren die Höhe des Elterngeldes nicht weiter. Das Elterngeld bleibt so hoch, wie es gewesen wäre, wenn die berechnete Person ohne die Covid-19-Pandemie planmäßig gearbeitet hätte. Mit dem neuen Wortlaut erfolgt grundsätzlich eine Anrechnung von Einkommensersatzleistung. Jedoch verbleibt nach einer Anrechnung ein Anrechnungsfreibetrag, der regelmäßig dem bisherigen verbleibenden Elterngeldbetrag entspricht. Der Anrechnungsfreibetrag wird aus dem Unterschiedsbetrag zwischen dem durchschnittlichen monatlichen Einkommen aus Erwerbstätigkeit aus dem Bemessungszeitraum und dem Bemessungseinkommen der anzurechnenden Einkommensersatzleistung gebildet und prozentual berechnet.

Es handelt sich also um Fälle, in denen der Bezug der anzurechnenden Einnahme nach der Geburt beginnt und die Einnahme als Ersatz für ein weggefallenes Einkommen dient, das geringer ist als das Bemessungseinkommen des Elterngeldes.

Wenn Sie zu dem Personenkreis gehören, für den die verlängerten gesetzlichen Änderungen gelten, und der durch die Covid-19-Pandemie bestimmte Voraussetzungen für den Anspruch auf Elterngeld nicht erfüllen kann, beantworten Sie bitte nachfolgende Fragen und übersenden Sie den Fragebogen, bei Neubeantragung zusammen mit dem Antrag auf Elterngeld, an Ihre zuständige Elterngeldstelle.

Familienname, Vorname(n) Kind(er)	geb. am
Familienname, Vorname Antragsteller(in)	Aktenzeichen (soweit bekannt)

1. Änderung des Bemessungszeitraums für Einkommensausfälle aufgrund der Covid-19-Pandemie

Im Bemessungszeitraum (BMZR) des Elterngeldes, 12 Kalendermonate vor Geburt des Kindes/vor Beginn der Mutterschutzfrist (für Nichtselbstständige) oder im letzten steuerlichen Veranlagungszeitraum (VAZR) vor Geburt (für Selbstständige, Gewerbetreibende, Land- und Forstwirte, Mischeinkünfte) hatte ich aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie im Zeitraum vom 01.03.2020 bis 31.12.2021 ein geringeres oder kein Einkommen aus Erwerbstätigkeit. Ich beantrage die Ausklammerung folgender Monate bzw. die Verschiebung des VAZR.

<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, Grund _____ <p style="text-align: center;">(bitte Bescheinigungen/Weisungen des Arbeitgebers, Bescheide oder andere Nachweise vorlegen - bei Selbstständigen reicht Glaubhaftmachung durch Erklärung)</p>
Ausklammerungsmonate _____ Verschiebung auf Veranlagungszeitraum _____

2. Bezug von Einkommensersatzleistungen nach der Geburt des Kindes aufgrund von Einkommenswegfällen durch die Covid-19-Pandemie

In der Bezugszeit des Elterngeldes beziehe/bezog ich im Zeitraum vom 01.03.2020 – 31.12.2021 anstelle meiner Teilzeiteinkünfte ganz oder teilweise Einkommensersatzleistungen (z.B. Kurzarbeitergeld, Arbeitslosengeld, Krankengeld) aufgrund der Covid-19-Pandemie.

<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, Teilzeitumfang neu von _____ bis _____ Wochenstunden neu _____ monatliche Einnahmen neu _____ Art der Einkommensersatzleistung(en) _____ Bemessungseinkommen der Leistung(en): _____

Dieser Einkommensausfall aufgrund der Covid-19-Pandemie muss glaubhaft gemacht werden; z.B. durch Vorlage von Bescheinigungen/Weisungen des Arbeitgebers oder von Nachweisen (Leistungsbescheiden) über den Bezug von Kurzarbeitergeld, Arbeitslosengeld I oder Entschädigungsleistungen nach § 56 des Infektionsschutzgesetzes.

Ort, Datum Unterschriften Antragsteller anderer Elternteil ggf. gesetzl. Vertreter/Pfleger